

N i e d e r s c h r i f t

über die 23. Sitzung des Kreisausschusses
am Mittwoch, den 16.02.2022 (öffentlicher Teil)

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 17:30 Uhr
Ort: Landratsamt Saale-Orla-Kreis, Neubau, Konferenzsaal 237,
Oschitzer Str. 4, 07907 Schleiz,

Anwesenheit:

Anwesend: Vorsitzender
Fügmann, Thomas

Ausschussmitglieder
Brandenstein, Wolfram von
Hanna, Allam, Dr. med.
Herrgott, Christian
Kanis, Regine
Kleindienst, Wolfgang
Rebelein, Dieter, Dr.

Mitarbeiter der Kreisverwaltung
Heynisch, Jens, Dr.
Keller, Nils
Krasser, Ines
Schröder, Amrei, Dr.
Spitzweg, Anja, Dr.
Unger, Philipp
Weiß, Sandra

Gäste
Bias, Marko
Gersdorf, Katrin
Ortwig, Volker

Schriftführerin: Beate Eismann

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Niederschrift über die 22. Sitzung des Kreisausschusses am 05.01.2022 (öffentlicher Teil)
2. Auswertung der Kreistagssitzung vom 24.01.2022

3. Vorbereitung der nächsten Kreistagssitzung am 07.03.2022 (Tagesordnung des öffentlichen Sitzungsteils)
4. Informationen/Sonstiges
5. Anfragen

Der Landrat eröffnet die 23. Sitzung des Kreisausschusses und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreisausschusses fest.

Zu TOP 1 Genehmigung der Niederschrift über die 22. Sitzung des Kreisausschusses am 05.01.2022 (öffentlicher Teil)

Anmerkungen zur Niederschrift gibt es nicht.

Der Kreisausschuss fasst **mehrheitlich** (bei 1 Stimmenthaltung) folgenden Beschluss:

„Der Kreisausschuss genehmigt die Niederschrift über die 22. Sitzung des Kreisausschusses am 05.01.2022 (öffentlicher Teil).“

52-23/2022

Zu TOP 2 Auswertung der Kreistagssitzung vom 24.01.2022

Zur Auswertung der Sitzung des Kreistages am 24.01.2022 erfolgen keine Wortmeldungen.

Zu TOP 3 Vorbereitung der nächsten Kreistagssitzung am 07.03.2022 (Tagesordnung des öffentlichen Sitzungsteils)

Der Entwurf der vorläufigen Tagesordnung wurde vor Sitzungsbeginn an die Ausschussmitglieder verteilt.

Die Tagesordnungspunkte werden vom Landrat einzeln benannt. Eine Erörterung weiterer Details erfolgt zu den nachfolgenden Punkten:

Für die Beschlussfassung des HH-Planes 2022 wird informiert, dass die Einbringung der Änderungsvorlage geplant ist bzw. weitergehende Ausführungen dazu von Herrn Unger unter dem TOP Informationen vorgesehen sind. Auf die Nachfrage von Herrn Kleindienst zur fristgerechten Vorlage der Änderungsanträge aus den Fraktionen wird vom Landrat bestätigt, dass diese noch im Verlauf der Kreistagssitzung gestellt werden können, aber in Anbetracht einer besseren Vorbereitung vorzugsweise der Verwaltung schriftlich im Vorfeld zu gehen sollten. Für die jeweiligen Anträge wird von Herrn Dr. Hanna auf die notwendige Angabe eines entsprechenden Finanzierungsvorschlages verwiesen.

Für die Aufhebung der Schulform der Grundschule Tanna bzw. Erweiterung der Gemeinschaftsschule werden vom Landrat die Hintergründe erläutert.

Hinsichtlich der Satzung des Jugendparlaments wird vom Landrat mitgeteilt, dass nach Einreichung der Satzung beim Thür. Landesverwaltungsamt von dort Bedenken angemeldet wurden. Von Frau Lautenschläger ist in gemeinsamer Abstimmung mit den Jugendlichen eine Überarbeitung dieser Punkte vorgenommen wurden.

Von Herrn Dr. Hanna wird darauf hingewiesen, dass eine Aufhebung des vorangegangenen Beschlusses erfolgen muss. Eine Abänderung des Wortlautes dieses Tagesordnungspunktes wird daher angeregt.

Von Herrn Kleindienst wird um Zusendung des Schreibens des Thür. Landesverwaltungsamtes an alle KT-Mitglieder mit den Sitzungsunterlagen gebeten.

Zum Antrag der UBV-Fraktion einen „bevorstehenden Kollaps des Gesundheitswesens im Saale-Orla-Kreis abzuwenden“, wird vom Landrat auf einen damit einhergehenden Eingriff in das Infektionsschutzgesetz aufmerksam gemacht. Nach rechtlicher Prüfung ist für den genannten Sachverhalt die Zuständigkeit des Kreistages nicht gegeben, so dass eine Aufnahme auf die Tagesordnung abzulehnen ist.

Von Frau Dr. Schröder werden die Aufgaben des Landkreises im übertragenen Wirkungskreis erklärt und darauf hingewiesen, dass bestimmte Voraussetzungen für eine Beschlussfassung im Kreistag nicht vorhanden sind bzw. diese nicht geschaffen werden kann.

Zum Antrag der UBV-Fraktion „Bevorstehenden Kollaps des Gesundheitswesens im Saale-Orla-Kreis“ (AN/077/2022) wird vom Landrat die **Ablehnung der Aufnahme in die Tagesordnung** beantragt. Dem wird **mehrheitlich** (bei 2 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung) **zugestimmt**.

Für den Antrag der UBV-Fraktion auf „Informationen der Komsolar GmbH“ wird vom Einreicher, Herrn Kleindienst, daran erinnert, dass der ursprüngliche Antrag zurückgezogen wurde. Mit dem aktuellen Antrag soll eine Beratung im Ausschuss für Wirtschaft, Landwirtschaft, Umwelt und Regionalentwicklung sowie spätere Vorstellung der Ergebnisse im Kreistag erreicht werden.

Der Antrag der UBV-Fraktion zur Auflösung der AWZ GmbH verbleibt trotz vielfacher Erörterungen in der Vergangenheit auf der Tagesordnung.

Zum Antrag der UBV-Fraktion hinsichtlich einer „Auskunft über die Zuweisung finanzieller Mittel für die Ortsteile des SOK“ wird vom Landrat mit dem Beschlussvorschlag ein Eingriff in die hoheitlichen Aufgaben der Städte und Gemeinden gesehen.

Von Herrn Herrgott wird darauf verwiesen, dass es sich um Ortsteile der Gemeinden des Saale-Orla-Kreises handelt und daher der Wortlaut der Überschrift abzuändern ist.

Als Grund für den Antrag wird von Herrn Kleindienst angeführt, dass die Antwort der Rechtsaufsichtsbehörde auf eine schriftliche Anfrage zur Thematik nicht zufriedenstellend war und auf diesem Weg nun eine Übersicht der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel der Ortsteile erbeten wird.

In der weiteren Diskussion wird von den Ausschussmitgliedern auf Punkte wie z.B. der fehlenden Zuständigkeit des Kreistages, der Aufgabe des Landesverwaltungsamtes als Aufsichtsbehörde, den unterschiedlichen Gemeindestrukturen sowie der Schwierigkeit einer vergleichbaren Bemessung hingewiesen.

Von Herrn Herrgott wird angeboten, zur Problematik im Landtag eine kleine Anfrage an das Ministerium zu stellen. Diese Antwort kann dann auch an die Kreistagsmitglieder weitergeleitet werden.

Von Herrn Dr. Hanna wird zum Antrag der UBV-Fraktion „auf Auskunft über die Zuweisungen finanzieller Mittel für die Ortsteile des SOK“ (AN/080/2022) die **Ablehnung der Aufnahme in die Tagesordnung** beantragt. Diesem Antrag wird **mehrheitlich** (bei 1 Gegenstimme und 3 Stimmenthaltungen) **zugestimmt**.

Zu TOP 4 Informationen/Sonstiges

- Corona-Situation

Vom Landrat wird über den aktuellen Stand der Corona-Pandemie im Landkreis informiert. Mit der heutigen Inzidenzzahl ist keine gravierende Steigerung zu erkennen, so dass eine vorsichtige Prognose hinsichtlich einer rückläufigen Entwicklung zu erhoffen ist. Auch im Bereich der stationären Versorgung sind keine Intensivbetten mehr belegt, sondern werden die Patienten auf Normalstation versorgt. Eine Senkung der Todesfallrate ist ebenfalls zu verzeichnen. Im Vergleich zum Dezember ist von einer entspannteren Situation auszugehen. Für den Landkreis wird noch mit einer Fortdauer der Omikronwelle gerechnet, da diese erst relativ spät zu einem Anstieg der Fälle führte.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Rebelein zur Handhabung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht ab 15.03.2022 wird vom Landrat auf die notwendige Einhaltung der Bundesgesetze aufmerksam gemacht. Es wird aber auch darauf hingewiesen, dass bislang keine Handlungsanweisung vorliegt und somit keine Aussagen zur Umsetzung bzw. Details getroffen werden können. Es wird eingeschätzt, dass sich der Prozess noch hinziehen wird. Durch das Gesundheitsamt ist eine gründliche Prüfung der Einzelfälle vorgesehen. Wohlwissend, dass man sich in einem Spannungsfeld der Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben und der Erfüllung des Versorgungsauftrages bewegt, wird außerordentlich verantwortungsvoll mit jedem Einzelfall umgegangen werden.

Aus Sicht der Träger wird von Herrn Herrgott bestätigt, dass von dieser Seite alle gesetzlichen Möglichkeiten für eine Weiterbeschäftigung genutzt werden, um die Motivation der Mitarbeiter nicht zu verschlechtern bzw. das Risiko einer Abwanderung zu begünstigen. Weiter wird auf die Aufgaben des Gesundheitsamtes wie z.B. die anstehenden Schuleingangsuntersuchungen hingewiesen. Für die Erledigung der im Zusammenhang mit der einrichtungsbezogenen Impfpflicht anstehenden Pflichten wird von einem zusätzlichen Personalbedarf ausgegangen. Trotz der Abschiebung der Verantwortung auf die Gesundheitsämter wird vom Landkreis nach Recht und Gesetz gehandelt werden.

Von Herrn Kleindienst wird auf eine Änderung der Gesetzeslage im Bund gedrängt und unter Hinweis auf die noch zu klärenden Punkte hinterfragt, wer für die Betretungsverbote die Kosten der zu erwartenden Klageverfahren gegen das Gesundheitsamt zu tragen hat. Vom Landrat wird wiederholt auf die notwendige Einhaltung der bestehenden Gesetze aufmerksam gemacht und auf das Ziel einer Weiterbeschäftigung, auch im Interesse der Einrichtungen, mittels einer lösungsorientierte Prüfung der Einzelfälle unter Ausschöpfung des Ermessensspielraumes verwiesen.

- HH-Plan 2022

Vor Sitzungsbeginn wurde den Ausschussmitgliedern eine Übersicht der Änderungen im Vermögens- und Verwaltungshaushalt ausgereicht. Von Herrn Unger wird bestätigt, dass diese Auflistung auch allen Kreistagsmitgliedern mit den Sitzungsunterlagen zur Verfügung gestellt und in den kommenden Ausschusssitzungen vorgestellt wird. Wesentliche Positionen mit Veränderungen im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt werden von Herrn Unger aufgeführt und mit Begründungen ergänzend auf die Zahlen eingegangen. Insbesondere wird darauf aufmerksam gemacht, dass eine pauschale Reduzierung der Personalkosten vorgenommen wurde, was in Anbetracht mit der bereits erfolgten Kürzung und der schwierigen Planung dieser Position, auch ein Risiko bedeutet.

Mit der aktuellen Modellrechnung aus Schlüsselzuweisung, Stabilisierungspauschale und Finanzierungsumlage ergibt sich damit gegenüber dem eingebrachten HH-Planentwurf eine Kreisumlage von 46,9%.

Weiter wird von Herrn Unger über Veränderungen am Zins- und Kapitalmarkt informiert. In den letzten Jahren wurde durch die Verwaltung mit der Umgestaltung von Kreditverträgen das niedrige Zinsniveau genutzt. Die weitere Zinsentwicklung ist momentan unsicher, so dass ggf. eine Änderung der Strategie der Vorjahre erfolgen muss. Auf das Risiko einer Entscheidung des künftigen Verfahrens mit kurz- oder langfristigen Verträgen bzw. deren Folgen wird hingewiesen.

Vom Landrat wird angeregt, die Thematik im Finanzausschuss zu erörtern, um zu einer Positionierung zu gelangen.

Zu TOP 5 Anfragen

Auf die Nachfrage von Herrn Kleindienst wird von Herrn Fügmann über Details betreffend den Polizeieinsatz in der Nacht zum Mittwoch in Ziegenrück berichtet.

Der Landrat beendet den öffentlichen Teil der 23. Sitzung des Kreisausschusses um 17:15 Uhr.

Die Niederschrift über den nichtöffentlichen Sitzungsteil liegt im Kreistagsbüro vor und kann dort eingesehen werden.

Fügmann
Landrat

Beate Eismann
Schriftführerin